

AROHIPPEL

Zeitung des Europäischen BürgerInnenforums



Die Kunst, kriegstraumatisierten Kindern wieder ein Lachen zu schenken: Die Art-Camps schaffen es!

AZB 4001 Basel
Europäisches BürgerInnen Forum, 4001 Basel
Die Post CH AG

UKRAINE

Leben und agieren im Krieg

Wie ist es, in einem Land zu leben, in dem Krieg herrscht? Wir dokumentieren hier unsere Eindrücke und Erfahrungen, die wir auf einer Reise nach Charkiw und in den Donbas im Mai 2024 gesammelt haben.

Zu dritt haben wir uns vom westukrainischen Transkarpatien aus auf den Weg gemacht, um eine Minibusladung von hochwertigem Bastel- und Zeichenmaterial bei Initiativen im Donbas abzuliefern. Freund:innen hatten es in Deutschland gesammelt; auch ein kleiner Stromgenerator war dabei. Dazu kamen ein paar hundert Liter Apfelsaft aus den Karpaten.

Die Ukraine in der zweiten Maihälfte zu durchqueren ist trotz der Umstände ein schönes Erlebnis: tagelange Fahrten auf über-raschend guten Strassen durch blühende, abwechslungsreiche Landschaften, liebevoll gepflegte Dörfer, üppige Blumenbeete vor bescheidenen Häusern und Großstädten mit riesigen Parkanlagen und spannender Architektur. Die stets zitierten riesigen Weizen- und Sonnenblumenfelder auf den Schwarzerdeböden sind nicht so eintönig wie man vermuten könnte. Verminte und daher nicht bestellte

Felder haben wir nur in der Umgebung von Isjum, südöstlich von Charkiw, gesehen.

Nastya Malkyna und Genia Koroleto sind eine Künstlerin und ein Künstler aus Luhansk. Sie mussten zweimal flüchten, 2014 und 2022, seither leben sie bei uns in Nischnje Selischtsche am Westrand der Ukraine. Genia und Nastya sind Mitbegründer der «Luhansk Contemporary Diaspora», eines Netzwerks avantgardistischer Künstler:innen. Seit 2022 organisieren die beiden Workshops mit Kindern in und aus den Kriegszonen. Sie ermuntern diese, ihren Lieblingsort zu zeichnen und nehmen die dazugehörigen Geschichten auf. Infolge dieser Zusammenarbeit entstand eine Sammlung an kleinen Kunstwerken, Erinnerungen und persönlichen Schicksalen. Auch am Ende dieser Reise sollte eigentlich ein solcher Workshop in der Kleinstadt Swjato-hirsk (Oblast Donezk, 30 km von der Front) stattfinden. Leider musste er in letzter Minute

abgesagt werden. Die Militärverwaltung hatte kurzfristig jegliche Zusammenkunft von mehr als drei Personen verboten – eine russische Grossoffensive sei geplant.

Gewöhnung oder Müdigkeit?

Egal ob man ihn verdrängt oder nicht, der Krieg ist da, er ist überall. Sofiya, eine junge Aktivistin in Charkiw, die häufig mit Soldaten spricht, meinte, es könne sein, dass er noch 100 Jahre dauere. Dieses Gefühl scheint weitverbreitet. Aber wir haben von niemandem den Wunsch nach Kapitulation vernommen.

Die Zerstörungen in der ukrainischen Stromversorgung der vergangenen Monate sind katastrophal. Bereits jetzt gibt es in allen Regionen tägliche Abschaltungen von bis zu zwölf Stunden. Immerhin werden diese zumeist angekündigt. Am ersten Abend unserer Reise waren wir bei Freund:innen in Kyiv zu Gast, sie wohnen am linken Dnipro-Ufer im 14. Stock. Das Treppensteigen bei Stromausfall war für uns eine willkommene Abwechslung nach der Autofahrt – gebrechliche Menschen haben das Nachsehen. Zum Glück reicht bei ihnen der Druck in der Wasserleitung auch bei Stromausfall, somit bleiben die Toiletten benutzbar, das ist nicht überall so. Den meist nächtlichen Luftschutzalarm ignorieren unsere Freund:innen schon lange. Kyiv ist vergleichsweise gut geschützt, aber Trümmer von Raketen oder Drohnen können auch schwere Schäden verursachen. Wie die Ukraine den kommenden Winter mit nur einem Drittel der benötigten Stromleistung überleben soll, darüber wird derzeit viel spekuliert.

Noch aktueller war bei unserer Reise das gerade erst in Kraft getretene Mobilisierungsgesetz. Alle Ukrainer zwischen 18 und 60 Jahren wurden ab dem 18. Mai verpflichtet, sich binnen zweier Monate bei den Rekrutierungsstellen zu melden. Dort wird festgestellt, ob sie wehrtauglich sind oder ob es einen anderen Grund gibt, aus dem sie nicht eingezogen werden sollten. Wer dies nicht tut, macht sich strafbar; seine Rechte werden eingeschränkt. Es gibt weiterhin Millionen von potenziell wehrpflichtigen Ukrainern, die sich bisher nicht bei der Armee gemeldet haben, de facto verstecken sie sich. Bei einer Kontrolle laufen sie Gefahr, unmittelbar eingezogen zu werden. Viele Männer empfinden für sich persönlich die ukrainischen Feldjäger als die grössere Gefahr als die russische Armee; sie gehen kaum aus dem Haus. Der Vater eines Schulkollegen meines Sohnes ist, so wie dutzende andere, beim Versuch ertrunken, den Grenzfluss Theiss schwimmend zu überqueren. Andererseits machen viele Männer von der Möglichkeit Gebrauch, sich freiwillig bei Einheiten mit gutem Ruf zu melden, um dort entsprechend ihrer persönlichen Qualifikation geschult und eingesetzt zu werden. So vermeiden sie, willkürlich und chaotisch nach einer kurzen Ausbildung an die Front geschickt zu werden, um dort Löcher zu stopfen.

Charkiw

Wir erreichten die Millionenstadt nach einer zweitägigen Reise mit ausreichend Zeitreserve vor der abendlichen Ausgangssperre. Die Russen hatten wenige Wochen zuvor einen Grossangriff auf das Gebiet nördlich von Charkiw gestartet und in wenigen Tagen fast 200 Quadratkilometer besetzt. Bei unserer Ankunft in der Stadt machte sich dies unter anderem dadurch bemerkbar, dass unser GPS-System verrücktspielte. Charkiw mit seinen über zwei Millionen Einwohnerinnen, nur ca. 30 km von der russischen Grenze entfernt, hat in der Ukraine eine Sonderstellung und es gibt – oder gab – viele Vorurteile: Die Stadt sei noch korrupter als alle anderen, sie sei pro-russisch und die Bevölkerung arrogant. Andererseits gelten die dortigen Universitäten besonders in den technischen Berufen und Naturwissenschaften als die besten des Landes und zum Beispiel in den Bereichen der Architektur und der Photographie hat die Stadt eine Vorreiterrolle. Vor unserer Weiterfahrt haben wir noch Anna Nahorna getroffen, sie stammt aus Charkiw und lebt auch hier.

Nach Kriegsbeginn hat sie ihren Beruf als Marketingmanagerin an den Nagel gehängt und mit Freundinnen die NGO «Mental Recovery» ins Leben gerufen. Wenn sie von ihrer aktuellen Arbeit und der Freiwilligenbewegung in Charkiw erzählt, strahlt sie förmlich vor Begeisterung. Die Netzwerke von Freiwilligen in Charkiw übertreffen nach ihrer Aussage an Dynamik alles, was es in der Ukraine gibt. Auch die Zusammenarbeit zwischen den Behörden und Einsatzdiensten mit den privaten Initiativen verlaufe sehr effizient, da die Stadtverwaltung schnell begriffen habe, dass sie ohne die NGOs völlig überfordert wäre. In den ersten Kriegsmonaten hat Anna Menschen geholfen, die aus den russisch besetzten Gebieten flüchteten. Schon

dort, an den sogenannten Filtrationspunkten, arbeiteten alle zusammen, Sozial- und Geheimdienst, kleine und grosse NGOs. Mit der Zeit gelangte das Frauenteam rund um Anna zur Überzeugung, dass die Betreuung und Behandlung von kriegstraumatisierten Menschen sofort einsetzen müsste, damit nicht immer mehr zu seelischen Krüppeln würden, wie sie sie nennt. Systematisch suchen sie vor allem Frauen und Kinder mit den härtesten Schicksalsschlägen, vor allem nach dem Tod der Familienväter oder anderer naher Angehöriger. Mit ihrem Team organisiert Anna Nahorna Erholungslager in den Karpaten mit intensiver psychologischer und psychiatrischer Betreuung. Sie ermöglicht diesen Menschen, auch nach den Camps psychologische Betreuung in Anspruch zu nehmen, und vertritt die Meinung, dass diese sogar verpflichtend sein sollte: «Als eine unserer wichtigsten Aufgaben sehen wir es an, die Psychotherapie zu entstigmatisieren. Die Menschen haben richtiggehend Angst davor. Aber es ist sehr wichtig, dass diese Familien auch nach den Camps noch therapeutisch betreut werden, also zumindest noch an zehn Sitzungen teilnehmen. Dazu müssen wir in erster Linie das Vertrauen der Familien gewinnen. Wir denken auch an gemeinsame Ausflüge. Unsere Familien kommen vorwiegend aus der Region Charkiw. Aber derzeit sind Treffen in oder nahe der Stadt nicht sicher. Wir überlegen, weiter ins Landesinnere zu fahren, um niemanden in Gefahr zu bringen.»

Und in Bezug auf die zweiwöchigen Camps mit jeweils 25 Kindern und 25 erwachsenen Angehörigen sagt Anna: «Wir beobachten sehr genau, wie sich die Kinder während der Camps und danach verändern. Sie beginnen, miteinander zu kommunizieren, und wenn alles gut geht, dann kehren sie zu einem mehr oder weniger geregelten Lebensrhythmus zurück.» Und über die Menschen, die weiterleben, als ob nichts wäre, und den Bedarf an Dialog: «Ich habe viele Kolleginnen und Freundinnen aus meinem früheren Leben, sie leben fast genauso wie früher. Ich urteile nicht über sie, es soll auch Menschen geben, die nach wie vor einen fast normalen Lebensrhythmus haben. Für sie ist alles okay, die Cafés und Restaurants sind geöffnet, man kann Essen und Waren online bestellen, einfach arbeiten und Geld verdienen. Aber wir bräuchten unbedingt mehr Dialog. Dialog zwischen den Freiwilligen, Aktivistinnen und denjenigen, die an ihrem normalen Leben festhalten, egal wie, und Dialog zwischen den Aktivistinnen, den Leuten, die sich aufs Spenden beschränken und den staatlichen Institutionen. Denn viele Probleme kommen daher, dass jeder in seiner Blase lebt.

Unsere Gesellschaft ist in Gefahr, in verschiedene Gruppen auseinanderzubrechen, die sich nicht verstehen. Die Kriegsveteranen kommen mit ihren Traumata zurück, und sie fühlen sich komplett unverstanden, sie können sich niemandem anvertrauen. Mit den Leuten, die unter der Okkupation gelebt haben und vielleicht auch bis zu einem gewissen Grad kollaboriert haben, konnten wir nach der Befreiung der Gebiete östlich von Charkiw und in Cherson schon gute Erfahrungen sammeln, und ich würde sagen, dass unsere Gesellschaft das ziemlich gut gemeis-

tert hat. Natürlich gibt es unangenehme Fragen, aber insgesamt gab es eine recht grosse Toleranz.»

In des Teufels Küche

In Charkiw besuchten wir zuerst die Freiwilligenküche «Hell's Kitchen»¹. Deren Begründer Ihor Horoshko hat während 27 Jahren in der Software-Entwicklung gearbeitet, zuletzt war er Chef einer IT-Firma mit Hauptsitz in Charkiw und Filialen in Kyiv und Prag. Mit einem befreundeten Logistiker richtete er kurz nach Kriegsbeginn in einem Keller diese Grossküche ein. Eine weitere Küche und Bäckerei gründeten die Freiwilligen in Wovtschansk nördlich von Charkiw, diese wurde bei der russischen Offensive vom Mai zerstört. Seit Kriegsbeginn haben Ihor und seine Frau ganze fünf Tage frei genommen. Gemeinsam mit einem Freiwilligenteam aus der ganzen Welt kochen sie 1000 bis 2000 Mahlzeiten pro Tag, sie versorgen Spitäler, Soldaten an der Front und andere Bedürftige. Nach dem russischen Angriff vom Mai sind die Bedürfnisse in den Spitälern, die verwundete Soldaten und Zivilistinnen behandeln, sprunghaft angestiegen.

Eindrücklich an Ihor ist seine freundliche Entschlossenheit. Er will Charkiw nicht verlassen und weiss, dass er eine russische Besetzung nicht überleben würde. Andererseits ist er überzeugt davon, dass die Russen Charkiw weder einnehmen noch einkesseln können. Sanft kritisiert er das unvorsichtige Verhalten vieler Leute, die Charkiw während den schwierigsten Zeiten verlassen haben und später zurückgekommen sind, er schätzt ihre Zahl auf eine Million. Da sie den täglichen Beschuss nicht erlebt haben, ist für sie die Bedrohung zu abstrakt. Diejenigen hingegen, die lange genug unter dem Beschuss gelebt haben, hätten die nötigen Reflexe verinnerlicht, sie halten sich auch nicht unnötig im Freien auf.

Am Tag unserer Weiterreise schlugen in der Nähe unserer Unterkunft mehrere Raketen ein. Eine im unmittelbar benachbarten Stadtpark, drei andere zerstörten eine der grössten Buchdruckereien der Ukraine; sieben Menschen starben und mehrere zehntausend Schulbücher verbrannten. Nichts daran ist zufällig. 2022 haben die russischen Besatzer in der nahen Stadt Isjum den Kinderbuchautor Wolodymyr Wakulenko ermordet. Die Schriftstellerin Viktoria Amelina fand später im Garten des Autors dessen verstecktes letztes Manuskript und veröffentlichte es, bevor sie selbst in Kramatorsk von einer russischen Rakete getötet wurde. Beide veröffentlichten im Verlag Vivat, und ihre Bücher wurden in der nun zerstörten Druckerei «Faktor Druk» gedruckt.

Jürgen Kräfner*, Nischnje Selischtsche

* Jürgen Kräfner, Mitglied des EBF und unser Korrespondent in der Ukraine, ist auch Musiker und Hersteller von Cider und anderen Apfelerivaten bei der selbstverwalteten Kooperative Longo mai in der Ukraine.

1. www.volunteeringukraine.com/en/volunteer-opportunities/hells-kitchen

DIE WIRTSCHAFT IN ÖSTERREICH WÜRDEN ZUSAMMENBRECHEN

In Anbetracht der kommenden Nationalratswahlen Ende September, entscheidend für die Zukunft Österreichs, ist diese wirtschaftliche Analyse eine gute Argumentationshilfe auf einem nicht emotionalen Niveau.

Die FPÖ schlägt vor, dass die Einwanderung nach Österreich umgedreht wird und Migrantinnen und Migranten sowie ihre Nachkommen möglichst das Land verlassen. Tatsächlich würde jedoch ohne sie die Versorgung der Bevölkerung sofort zusammenbrechen.

Es ist anzunehmen, dass der Verlust auch nur eines Teils der migrantischen Bevölkerung in Einwanderungsländern wie Österreich einen gravierenden Mangel an Arbeitskräften und erhebliche Probleme bei der Versorgung der Bevölkerung nach sich ziehen würde. Insbesondere in Wien hätte die Umsetzung des FPÖ-Vorhabens dramatische Folgen: Die überwiegende Mehrheit der in Wien

arbeitenden Erwerbstätigen in der Beherbergung und Gastronomie (73 Prozent), in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (Gebäudereinigung etc., 65 Prozent) und im Bauwesen (68 Prozent) hat im Jahr 2023 «Migrationshintergrund», d. h. beide Eltern sind im Ausland geboren. Ohne sie kämen der Wohnungs- und U-Bahnbau, der Tourismus und das Ausgehen am Abend zum Stillstand, Gebäude würden nicht mehr gereinigt. Aber auch der Verkehr, der Handel und das Gesundheits- und Sozialwesen könnten ohne sie nicht aufrechterhalten werden, haben doch 54 Prozent der Erwerbstätigen im Wiener Verkehrswesen, 51 Prozent im Wiener Handel und 43 Prozent im Wiener Gesundheits- und Sozialwesen Migrationshintergrund. Die Versorgung der Bevölkerung wäre nicht mehr möglich.*

* Ausschnitt aus einem Artikel von Jörg Flecker und Marvin Tauchner für A&W Blog, publiziert in Pressenza am 23. 07. 2024

FRANKREICH

Der neue «Front Populaire»

Wir sind natürlich ausgesprochen erleichtert, dass der «Nouveau Front Populaire» die Wahlen gewonnen hat. Die Mobilisierung, um eine rechtsextreme Regierung zu verhindern, war enorm. Hoffentlich ist das auch in Österreich möglich! Bernard Schmid beleuchtet das neue Bündnis und nimmt Bezug auf den historischen «Front Populaire».*

Historische Ereignisse spielen sich immer zweimal ab: einmal als Tragödie, einmal als Farce, schrieb sinngemäss ein gewisser Karl Marx in seinem Standardwerk «Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte». (...) Den Hintergrund dieser Überlegungen bildete jedoch auch der Gedanke, ein wichtiges historisches Ereignis lasse sich niemals in identischer Form wiederholen: Beim zweiten Mal kennen ja die handelnden Akteure und Akteurinnen alle die Grundkonstellation beim zugrundeliegenden ersten Ereignis, können die damaligen Ursachen und Wirkungen benennen und sich entsprechend darauf einstellen. Deswegen wiederholt sich dieselbe Ereigniskette auch nie in identischer Form, ähnlich, wie (so gut wie) niemand zweimal hintereinander in dasselbe Loch fällt; zumindest, wenn es an derselben Stelle liegt oder in ähnlicher Form gekennzeichnet ist. Und zumindest, sofern die betreffende Person halbwegs mit Intelligenz begabt ist...

Zur Klarstellung: Diese historische Analyse verneint nicht, dass es auch aktuell zum Aufstieg oder Wiederaufstieg eines zeitgenössischen Neofaschismus kommt, auch wenn dieser selbstverständlich nicht identische Erscheinungsformen mit dem historischen Faschismus annimmt... Auf die Ereignisse, die uns am heutigen Tag beschäftigen, lässt sich diese ansonsten treffende Ausführung des bärtigen Geschichtsphilosophen nicht wirklich übertragen. Es geht um den «Front Populaire» und dessen Neuaufgabe, also den «Nouveau Front Populaire» (NFP). Denn zunächst war der historische «Front Populaire», d.h. das antifaschistische Abwehrbündnis ab 1934, das in den Jahren 1936 und 37 unter Léon Blum vorübergehend zum Regierungsbündnis wurde, keine «Tragödie». Zwar beinhaltete die Regierungsübernahme durch den «Front Populaire» auch einen Verzicht oder vorläufigen Verzicht auf die Revolution, welche ein Teil der daran beteiligten Kräfte damals durchaus anstrebte. Doch wird allgemein die Periode von 1936/37 im kollektiven Gedächtnis eher mit positiven Erinnerungen und sozialen Errungenschaften verknüpft, insbesondere mit der erstmaligen Einführung von bezahltem Urlaub (zweiwöchig pro Jahr) in Frankreich.

Beteiligt am historischen «Front Populaire» von 1934/1936 waren die «Kommunistische Partei Frankreichs» (PCF), die damalige französische Sozialdemokratie in Gestalt der SFIO sowie die Partei der «Radikale de gauche». Diese Bezeichnung, «Radikale der Linken», führt in deutschen Pressezeugnissen oft, wirklich oft zu der idiotischen Übersetzung «Partei der Linksradikalen». Nichts ist falscher und dümmer. Die damaligen «Radikalen» waren der antiklerikale, kleinbürgerliche, linkere Flügel der im 19. Jahrhundert gespaltenen Liberalen. Im Deutschen entspricht dem

die Bezeichnung «Freisinnige». Und in der Schweiz gibt es heute noch eine Partei, die im französischsprachigen Landesteil «Parti radical», in der Deutschschweiz hingegen «Freisinnige Partei» heisst.

Der neue «Front Populaire»

Der «Nouveau Front Populaire» (NFP), am passendsten übersetzt als «Neue Front der kleinen Leute gegen die da oben», setzt sich zusammen aus: der früheren Regierungssozialdemokratie – zuletzt in den Jahren 2012 bis 2017 – in Gestalt des «Parti socialiste» (PS), den französischen Grünen in Gestalt der Partei «Les Ecologistes», der «Kommunistischen Partei Frankreichs» (PCF) sowie der heterogenen linkssozialdemokratischen, linkspopulistischen Wahlplattform «La France insoumise» (LFI, «Das unbeugsame Frankreich»). Diese vier Parteien oder parteiförmigen Strukturen sind in einem Koordinierungsausschuss zusammengeschlossen und treffen dort die wichtigsten Entscheidungen. Angeschlossen, dem Bündnis angegliedert oder assoziiert sind jedoch ferner rund 100 weitere Organisationen, unter ihnen nicht im Parlament vertretene politische Parteien wie bspw. der aus dem undogmatischen Trozismus kommende «Nouveau Parti anticapitaliste» (NPA); aber auch Nichtregierungsorganisationen wie bspw. die vor allem in Lyon gut verankerte Antifa-Gruppierung «Jeune Garde». (Deren Kandidat, der 29-jährige Raphaël Arnault wurde übrigens – trotz gewaltiger medialer Anfeindungen mit knapp 55 Prozent der abgegebenen Stimmen in Avignon zum Abgeordneten gewählt). Schematisch gesprochen handelt es sich bei den beiden stärksten Parteien im Bündnis NFP um eine rechtere Sozialdemokratie in Gestalt des zuletzt von 2012 bis 2017 regierenden, damals krachend gescheiterten, doch nun in der Opposition wieder aufgestiegenen «Parti Socialiste» (PS) einerseits – und andererseits um die Wahlplattform «La France insoumise» (LFI) als eine Art Linksozialdemokratie mit populistischem Anstrich und betont keynesianischem Programm.

Zu den Hintergründen: Der harte Kern von LFI ging im Winter 2008/09 aus einer durch die deutsche «Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit» (WASG) inspirierten Linksabspaltung vom «Parti Socialiste» hervor. Später gruppierte die in sukzessiven Erweiterungsbewegungen entstehende Wahlbewegung unter Jean-Luc Mélenchon weitere Strömungen und Wählergruppen hinzu, etwa von der stark geschrumpften PCF übernommene, eher gewerkschaftsnahe Wählergruppen, ökologische Strömungen – denen LFI, im scharfen Gegensatz zur französischen KP, eine Abkehr von der Atomenergie und eine Infragestellung des Wachstumsbegriffs anbietet. Zeitweilig gab es in LFI auch Linksnationalisten; deren fragwürdigste Strömungen wurden allerdings wieder abgestossen.

Durch den Ausgang der Präsidentschaftswahlen vom April 2022, bei denen LFI-Gründer Mélenchon über zwanzig Prozent, die rechtssozialdemokratische Kandidatin Anne Hidalgo jedoch nur 1,7 Prozent der Stimmen erhielt, musste sich der «Parti Socialiste» an die neuen Kräfteverhältnisse in der Linken anpassen. Und trat in das vergleichsweise lose strukturierte, de facto durch LFI angeführte parteienübergreifende Linksbündnis NUPES¹ der Jahre 2022 bis 24 ein, wo der PS sich jedoch tendenziell der faktischen Dominanz von LFI unterordnen musste. Jedenfalls so lange, bis die vom «Parti socialiste» unterstützte Liste bei den Europaparlamentswah-

len im Juni 2024 mit 13,8 Prozent der Stimmen wieder stärker abschnitt als LFI mit 9,9 Prozent.

Die aktuellen Unterschiede liegen darin begründet, dass – auch wenn dies von beiden Seiten nicht offen und explizit so ausgesprochen wird – die PS-Führung gerne eine mehr oder minder stabile Regierungsführung und -fähigkeit über längere Zeiträume herstellen würde, und dafür auch zu notwendigen Kompromissen etwa mit dem Macron-Lager oder Teilen desselben bereit wäre. Die Wahlplattform LFI lehnt hingegen ein solches Bestreben ab. Auch bei LFI ist man sich natürlich dessen bewusst, dass die «Neue Front der kleinen Leute» mit knapp 32 Prozent der Sitze in der Nationalversammlung – obwohl stärkste politische Kraft – auf Dauer nicht allein regierungsfähig ist. Dies ist übrigens ebenfalls einer der historischen Unterschiede zu 1936, denn damals erhielt das historische Front-Populaire-Bündnis mit 57,78 Prozent der abgegebenen Stimmen auch eine deutliche Mehrheit der Sitze im seinerzeitigen Parlament. Doch die Strategie von LFI dazu ist eine doppelte: Entweder, bestimmte Massnahmen gehen auch bei fehlender Mehrheit der Sitze (für den NFP allein) im Parlament durch, weil aufgrund sozialer Mehrheiten im Land andere politische Kräfte es nicht wagen, dagegen zu stimmen, oder aber eine vom NFP gestellte Regierung stürzt innerhalb kürzerer Zeit über eine Abstimmung, dann am liebsten zu einer besonders symbolträchtigen Massnahme. Dadurch würde man der Bevölkerung konkret aufgezeigt haben, dass es so nicht geht und dass dieselbe dazu beitragen muss, andere Wege zu suchen.

Aber nun ist da eine Frage aufgeworfen: Obwohl der historische «Front populaire» sicherlich (trotz aller damaligen strategischen Diskussionen über Revolutionsverzicht oder nicht, über Waffenlieferungen an die bedrohte spanische Republik oder nicht) sicherlich keine «Tragödie» darstellt, wurde darüber diskutiert, ob nicht aktuell eine Farce stattfindet. Im Laufe der Tage und Wochen seit dem Wahltag vom 7. Juli 2024 wuchs dieser Eindruck stetig, oder zumindest wurde er in den Leitmedien herbeigeschrieben, nachdem notorische Spannungen in dem Linksbündnis dafür sorgten, dass es circa zweieinhalb Wochen lang nicht möglich war, eine gemeinsame-n Anwärtin für das Amt des Premierministers der Premierministerin zu benennen.

Das war 1936 noch anders, denn damals war

allen Beteiligten klar, dass der sozialdemokratische (SFIO-)Spitzenpolitiker Léon Blum der gemeinsame Anwärter auf den Posten des Premierministers war. Blum war zugleich ein hochrangiger Richter und seit dem Ende des Ersten Weltkriegs unbestrittener Anführer jenes Teils der historischen französischen Sozialdemokratie, welcher nicht in der KP aufging. Anders als in Deutschland zur Zeit der Spaltung SPD / USPD / KPD war in Frankreich innerhalb der Sozialdemokratie derjenige Flügel, welcher für einen Anschluss an die «Dritte Internationale» und eine Umbenennung in «kommunistisch» optierte, erheblich stärker als der andere. Deswegen wurde die Mehrheitsfraktion der Sozialdemokratie auf dem «Congrès de Tours» (Parteitag in Tours im Dezember 1920) zur SFIC oder «Französischen Sektion der kommunistischen Internationalen», später dann zur KP Frankreichs oder KP in Frankreich, der Vorläuferin der heutigen Französischen Kommunistischen Partei. Blum jedoch leitete die verbliebene Rest-Sozialdemokratie, die sich weiterhin SFIO oder «Französische Sektion der Arbeiter-Internationalen» nannte. Sein intellektuelles Niveau und seine ehrlichen Überzeugungen sind historisch wohl unbestritten. Deswegen ist es übrigens auch überaus peinlich, wenn Jean-Luc Mélenchon, der Gründer und faktische Boss der Wahlplattform LFI, im Vorfeld der jüngsten Regierungsbildungsgespräche – dick auftragend – betonte, einige seiner Leute wie die LFI-Fraktionsvorsitzende Mathilde Panot oder Parteikoordinator Manuel Bompard hätten nicht nur das Zeug zum Premierminister oder zur Premierministerin, sondern seien höher und besser qualifiziert als weiland Léon Blum.

Welche Regierung?

Nach einigem Hin und Her konnte sich das NFP-Bündnis auf eine gemeinsame Kandidatur für die Ministerpräsidentin einigen. Es handelt sich um die 37jährige Lucie Castets. Die Ökonomin und hohe Beamtin, angestellt im Finanzwesen der – von der «Parti Socialiste», den Grünen und dem PCF regierten – Stadt Paris, zählte auch zu den Anleiterinnen von Kollektiven zur Verteidigung der von Sparpolitik bedrohten öffentlichen Dienste sowie gegen die Renten«reform» von 2023. Macron hingegen möchte sich erst Mitte August entscheiden, um den «Olympischen Frieden» zu gewährleisten. Wenn Sie diesen Artikel im Archipel lesen, wird die Regierungschefin oder der Regierungschef wohl bereits nominiert sein.

LFI und die französischen Grünen wurden unterdessen bereits zum Gegenstand von massiven Gegenkampagnen von verschiedenen Seiten. Mélenchon und LFI sind für viele Rechte unterschiedlicher Schattierungen ohnehin Hassfiguren. Die antirassistischen Positionen von LFI, zu denen seit Oktober 2023 auch eine dick aufgetragene, doch auch in den eigenen Reihen kontrovers diskutierte pro-palästinensische Kampagne im Zusammenhang mit dem Gazakrieg kommt, tun ein Übriges. Im letzteren Falle kommt die Ablehnung nicht nur von rechts, sondern auch aus der bürgerlichen Mitte und aus Teilen der Linken. Neben der echten Kontroverse zu aussenpolitischen Stellungnahmen kam dabei jedoch auch eine unbestreitbare Hetzkampagne



hinzu. Diese verläuft im Sinne eines Art Pendants zur deutschen «Extremismusdoktrin», wonach Linke ein Spiegelbild der Rechtsextremen seien und mindestens so schlimm wie diese; eine solche war in Frankreich aufgrund des historischen Gewichts der Kommunistischen Partei nach 1944 Jahrzehnte hindurch undenkbar, setzt sich jedoch seit dem Amtsantritt Macrons zunehmend durch.

Macron und der bürgerliche Mittelblock

setzen unterdessen auf Abwarten, vor allem aber darauf, dass der bisher als Block auftretende NFP sich spalten möge. Dabei sollen vor allem der «Parti Socialiste» oder Teile von ihm, möglicherweise auch Grüne, für eine Einheitsregierung der Mitte gewonnen werden. Allerdings steht dem ein wichtiger Faktor entgegen: Räumen PS und Grüne die bisherigen Positionen des «Nouveau Front Populaire» und geben dabei wichtige Pro-

grammteile auf, so dürfte daraus LFI als verbliebene Linksoption im Hinblick auf künftige Wahlen wichtige Vorteile ziehen...

Bernard Schmid, Paris

1. Der Name bedeutet so viel wie «Neue soziale und ökologische Union der kleinen Leute», mit U für Union und p für populaire, aber bitte nicht «Volksunion» – so hiess in Deutschland ab 1971 eine Naziartei!

* Dies ist eine für den Archipel gekürzte Fassung. Der ungekürzte Artikel wurde am 24. Juli 2024 auf [L.Labournet.de](https://www.labournet.de) publiziert.

MAROKKO/MIGRATION

Ein Land der Aus- und Einwanderung

Wir sind nach Marokko in die Hauptstadt Rabat gereist, um erneut unsere Freundinnen und Freunde von der «Association des Communautés Migrantes au Maroc» (Arcom) zu besuchen. Dies ist immer eine gute Gelegenheit, sich über die Entwicklung der Migrationssituation zu informieren – Migration in und aus verschiedenen Richtungen.

Marokko ist ein Transitland, eine Zwischenstation auf dem Weg zum europäischen Traum, aber auch ein Auswanderungsland. Die Süd-Nord-Migration wird daher zu einer komplexeren Süd-Süd-Nord-Migration. Dies hindert das Land jedoch nicht daran, für die Europäische Union die Rolle des «Wachhundes» zu spielen. Viele Leserinnen und Leser von Archipel haben bereits von der «Association des Communautés Migrantes au Maroc» (Arcom) gehört und die Zufluchtsorte unterstützt, die dieser Verein schwarzafrikanischen Frauen und ihren Kindern bietet, die nach ihrer meist extrem beschwerlichen Flucht oder Reise in Marokko gestrandet sind.

Heute betreibt Arcom drei Zufluchtsorte in mehreren angemieteten Wohnungen in Rabat, die als «Raststätten für subsaharische Frauen» bezeichnet werden: Eines wird von der IOM (Internationale Organisation für Migration) finanziert, die beiden anderen vom Europäischen Bürger:innenforum. Wir konnten diese beiden Orte in letzter Minute retten, nachdem die Finanzierung von «Médecins du Monde» ausgelaufen war. Die drei Raststätten beherbergen insgesamt mindestens 20 Frauen und ihre kleinen Kinder. Jede Frau hat die Möglichkeit, drei Monate dort zu bleiben. Den Frauen diese Möglichkeit zu bieten, bedeutet, ihnen eine – leider immer noch zu kurze – Zeit zu gewähren, um sich sowohl von ihrer anstrengenden Flucht oder Reise zu erholen als auch von einem Leben auf der Strasse sowie sklavenähnlichen Arbeitsverhältnissen, oft verbunden mit sexuellem Missbrauch. Hochschwangere Frauen, die in ihrer Zeit bei Arcom entbinden, können fünf Monate bleiben, wenn sie es wünschen. Nicht alle Frauen haben das Ziel, nach Europa zu gelangen. Für diejenigen, die sich in Marokko

niederlassen möchten, bietet der Aufenthalt in einem der Zufluchtsorte die Gelegenheit, sich über eine mögliche soziale und berufliche Integration zu informieren. Diese gestaltet sich aber derzeit immer schwieriger.

Die Raststätten von Arcom beherbergen heute vorwiegend Frauen aus der Elfenbeinküste. Menschenhändlerringe bieten ihnen eine angeblich «angemessen» bezahlte Arbeit an. Der Vertrag: Arbeit gegen Erstattung der Reisekosten, natürlich mit einem gewissen Prozentsatz für die «Vermittler». Bei ihrer Ankunft in Marokko wird ihnen der Pass abgenommen, um ihnen ihre Bewegungsfreiheit zu nehmen. Dann werden sie als Hausangestellte an Familien weitergegeben oder auf grosse Gemüsefarmen gebracht, wie sie in Dakhla im Süden Marokkos existieren. Die meisten dieser Frauen müssen unter sklavenähnlichen Bedingungen leben und werden extrem ausgebeutet. Es gibt Berichte, die einem das Blut in den Adern gefrieren lassen. Wenn sich beispielsweise Frauen auflehnen, weil sie es nicht mehr aushalten, 20 Stunden am Tag zu arbeiten, werden sie auf die Strasse gesetzt und bekommen ihren Pass nicht ohne eine Bezahlung zurück. Darum müssen sie sich oft prostituieren oder eine andere erzwungene Arbeit verrichten, um genügend Geld zusammen zu bekommen. Dieses Vorgehen ist als Menschenhandel zu bezeichnen – eine Tatsache, die normalerweise vom UNHCR (UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge) für den Status von Schutzsuchenden berücksichtigt werden müsste. Das UNHCR ist in Marokko prinzipiell für Asyl zuständig, aber offensichtlich fallen diese Frauen in den Augen der UNHCR-Beamt:innen nicht unter diese Schutzkategorie. Ich habe jedenfalls keine Frauen in dieser

Situation getroffen, die irgendeinen Schutz geniessen würden. Sie werden stattdessen allen möglichen «Raubtieren» zum Frass vorgeworfen. Viele von ihnen sind schlussendlich gezwungen, das Mittelmeer zu überqueren, weil sie in Marokko keine Sicherheit finden und gleichzeitig eine Rückkehr in ihre Heimat nicht mehr in Betracht kommt, weil sie bereits einen Teil des Weges in Richtung Norden unter grossen Qualen zurückgelegt haben.

Marokko, ein Auswanderungsland

Von den 32 Millionen Marokkaner:innen leben heute 10 Prozent im Ausland. Diese Auswanderung ist auf das Bevölkerungswachstum zurückzuführen, das sich in den letzten 20 Jahren zwar deutlich verlangsamt hat, aber mit +1 Prozent pro Jahr immer noch hoch ist. Die Europäische Union ist für Marokko, vor allem via Spanien, ein wichtiges Einwanderungsziel. Die spanischen Enklaven Ceuta und Melilla in Marokko sowie die Kanarischen Inseln, die zu Spanien gehören, aber nur etwa 100 Kilometer von der marokkanischen Atlantikküste entfernt sind, und die enge Strasse von Gibraltar (15 km) zeigen einerseits die geografische Nähe als auch die Rolle der kolonialen Geschichte zwischen den beiden Ländern auf. 85 Prozent der im Ausland lebenden Marokkaner:innen leben heute in Europa (die Zahlen variieren je nach Quelle): 1,2 Millionen in Frankreich, 550.000 in Spanien, 380.000 in Italien, 280.000 in den Niederlanden und 130.000 in Deutschland. Weit dahinter, mit 9 Prozent, folgen die Länder des Persischen Golfs, deren hoher Bedarf an Arbeitskräften Menschen aus der gesamten arabischen Welt anzieht, und mit 6 Prozent der amerikanische Kontinent.

Die Auswirkungen der Emigration auf die marokkanische Wirtschaft sind als positiv zu bezeichnen, auch wenn nicht alle Faktoren eindeutig sind. Die Geldbeträge, welche die Arbeitsmigrant:innen in ihre Heimat transferieren und die oft mehr als ein Viertel ihres Einkommens ausmachen, entsprechen insgesamt 10 Prozent des marokkanischen BIP und mehr als 44 Prozent der Exporte des Landes. Dieses Geld (ca. 5 Milliarden Euro pro Jahr) wird überwiegend in Marokko konsumiert und investiert. Die Auswanderung entlastet auch die Wirtschaft, die noch stark von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung betroffen ist (9 Prozent, aber mehr als 20 Prozent bei Jugendlichen im Alter von 15 bis 24 Jahren). Allerdings wandert auch zunehmend

qualifiziertes «Humankapital» ab, heute fast 16 Prozent, was angesichts des Organisations- und/oder Modernisierungsbedarfs in vielen öffentlichen und wirtschaftlichen Sektoren sehr bedauerlich ist. Die Rif-Region im Norden des Landes stellt fast ein Drittel aller Emigrant:innen. Schätzungsweise 40 Prozent der Rif-Bevölkerung haben das Land in Richtung Europa verlassen. Das ist sehr viel.

In den letzten Jahren haben die verstärkten Grenzkontrollen entlang des Schengen-Raums, die militarisierte Schliessung der spanischen Enklaven Ceuta et Melilla, die Zunahme der Seepatrouillen und die Einrichtung der Europäischen Grenzschutzagentur Frontex (2004) alle Menschen, die nach Europa reisen wollten, ernsthaft behindert, aber nicht davon abgehalten, es doch zu tun. Die Politik der immer grösseren Externalisierung der Grenzen hat sich angesichts der steigenden Zahl der Ankünfte sowohl in Italien als auch in Griechenland sowie in Spanien bisher nicht bewährt. Stattdessen hat diese Abschottungsstrategie die Gefahren für die Migrant:innen und den Menschenhandel nur noch verstärkt.

Jugendliche in der Ausweglosigkeit

Es wird wenig über die Auswanderung junger Marokkaner:innen gesprochen, die vor einem schwierigen sozialen Umfeld fliehen. Seit Anfang des Jahres sind 160 junge Marokkaner in Ceuta angekommen, viele von ihnen schwimmend. Die schlechten wirtschaftlichen Aussichten haben sie schliesslich dazu gebracht, das «Riski», wie sie es nennen, zu probieren, um in Richtung Norden aufzubrechen. Das bedeutet, dass sie versuchen, in einem Lastwagen versteckt oder gar auf einem brüchigen Boot verpackt, über die sehr gefährliche Meerenge von Gib-

raltar nach Europa zu gelangen. Immer wieder sterben Menschen unterwegs. Diejenigen, welche die Überfahrt schaffen und in Spanien angekommen sind, lassen sich bisweilen dort nieder. Die jungen Ankömmlinge bleiben aber meistens in Bewegung und reisen nach Frankreich, Belgien, in die Niederlande und nach Deutschland. Je nach den örtlichen Gesetzen und deren Lücken sowie den Verbindungen, die sie knüpfen können oder auch nicht, ziehen sie weiter. Ihre Bewegungen lassen sich daher nur schwer nachverfolgen. Manchmal sind diese Migrant:innen sehr jung (10 Jahre), haben keine familiären Bindungen in Europa, sind polytoxikoman, obdachlos und äusserst gewaltbereit. Diebstähle, Überfälle, Einbrüche und der Handel mit allen möglichen Substanzen sorgen dafür, dass sie nicht verhungern und sich ein paar Kleider und Schuhe modischer Marken als Statussymbol leisten können. Die «Selfies», auf denen sie sich abbilden, werden dann in den sozialen Netzwerken verbreitet, um ihren ehemaligen Kameraden in der Heimat zu beweisen, dass sie nicht «auf dem falschen Weg» sind. Sie berichten nicht über das Leben auf der Strasse – die Gewalt, das Elend und das immer stärkere Abdriften in die Ausweglosigkeit. Ihre Lage ist schrecklich, und nur wenigen Organisationen oder Strassensozialarbeitern gelingt es, die Jugendlichen anzusprechen und ihnen zu helfen, andere Wege zu finden.

Widersprüche und Unterstützung

Heute häufen sich paradoxe Situationen, die mit dem Elend, der Deklassierung und der Gewalt verbunden sind, die all diese Menschen auf der Suche nach einem besseren Leben erleiden. Es wird immer schwieriger, in diesen, sehr widersprüchlichen Kontexten zu handeln. Uns wurde wiederholt vorge-

worfen, dass wir schwarzen Migrant:innen helfen, während in Marokko das Elend der Einheimischen durchaus zu spüren ist, auch wenn das «königliche» Rabat versucht, uns Besucher:innen mit glitzernder Pracht darüber hinwegzutäuschen. Die Kluft zwischen Arm und Reich, die es zwar in allen Ländern der Welt gibt, ist hier besonders gross.

Es gefällt uns nicht, wenn versucht wird, die verschiedenen Arten von Armut gegeneinander auszuspielen. Wir können nicht an allen Fronten sein, und die Frage der Migration bleibt vorerst unsere Priorität. Menschen die aus welchen Gründen auch immer freiwillig oder unfreiwillig entwurzelt wurden, brauchen auf jeden Fall Unterstützung. Solange nicht alle Menschen, sich frei bewegen und leben können, egal woher sie kommen und wer sie sind, werden wir uns für sie einsetzen.

Natürlich werden wir weiterhin die Zufluchtorte der Arcom für subsaharische Migrant:innen unterstützen, die mehr denn je benötigt werden und angesichts der Nachfrage nicht ausreichen. Inzwischen hat die Arcom durch ihre konsequente Arbeit eine andere marokkanische Organisation mit Namen «Maroc Solidarité Médico-Sociale» kennengelernt, die in Oujda im Nordosten Marokkos entstanden ist. Ein Bündnis mit dieser Initiative könnte Chancen für noch vielfältigere soziale und solidarische Engagements eröffnen. Wir sollten aber realistisch bleiben, denn die erste Priorität ist nach wie vor, die bestehenden Schutzorte der Arcom zu erhalten, was noch nicht definitiv gelungen ist. Wir suchen weiterhin Unterstützung und sind gerne bereit, an Veranstaltungen oder anderen Gelegenheiten über die wertvolle Arbeit der Arcom zu berichten

Marie Pascale Rouff

Frauen mit ihren Kindern in der «Raststätte» von Rabat. Die Schutzräume helfen den Migrantinnen, wieder Mut zu schöpfen. Der Bedarf ist enorm. Foto: Naomie Loukoua



Archipel
Monatszeitung des
Forum Civique

Schweiz:
Postfach 1115,
CH-4001 Basel
Tel: 0041/61 262 01 11
ch@forumcivique.org

Österreich:
Lobnik 16
A-9135 Zelezna Kapla
Tel: 0043/42 38 87 05
at@forumcivique.org

Deutschland:
Hof Ulenkrug, OT Stubbendorf
D-17159 Dargun
Tel: 0049/39 959 23 881
de@forumcivique.org

Frankreich:
St. Hyppolite
F-04300 Limans
Tel: 0033/4 92 73 05 98
fr@forumcivique.org

Ukraine:
vul. Peremogi 70
UKR-90440 Nischnje Selischtsche
Tel: 00380/31 42 512 20
ua@forumcivique.org

GAZA - INTERNATIONALER JÜDISCHER APPELL

Dies ist ein internationaler Aufruf von Jüdinnen und Juden für einen Waffenstillstand und die konkrete Solidarität mit den notleidenden Menschen in Gaza:

«Seit mehr als einem Jahrzehnt werden jeden Tag in Gaza, Frauen, Männer, Kinder und Greise wissentlich ins Visier genommen und getötet. Der Besatzer greift Schulen, Krankenhäuser und Flüchtlingslager an. Er verfolgt Ärzt:innen, Journalist:innen u.v.a. Die Hungersnot in Gaza ist bewusst herbeigeführt. Der Besatzer foltert die Gefangenen, wie der Bericht von B'Tselem* zeigt. Seit Monaten leben Hunderttausende von Bewohner:innen des Gazastreifens in Zelten, mit einem Mangel an Hygiene, der Epidemien begünstigt. Die Welt ist darüber auf dem Laufenden und die Regierungen schweigen. Einige sagen, sie seien 'besorgt', aber gemeinsam lassen sie die rechtsextreme Regierung in Israel das Völkerrecht jeden Tag noch mehr zerstören. Schlimmer noch, sie liefern weiterhin Waffen und Munition für den Völkermord. Die Vereinigten Staaten haben gerade ihre Finanzierung von Milliarden von Dollar für Waffen und militärische Ausrüstung an Israel erneuert. Die dringende Entscheidung wurde immer noch nicht getroffen: diesen Staat, der die schlimmsten Verbrechen ungestraft begeht, angemessen zu bestrafen.

Wir, Jüdinnen und Juden, weil das Verbrechen in unserem Namen begangen wird, weil wir uns weigern, an diesem grausamen Verbrechen mitschuldig zu werden, weil wir es ablehnen, dass der Antisemitismus dazu benützt wird, um das Grauen zu rechtfertigen, fordern konkrete Solidarität mit den gequälten Menschen in Gaza, rufen dazu auf, einen Waffenstillstand zu schliessen und das Morden zu beenden. Wir fordern alle Länder dazu auf, den Staat Israel zu sanktionieren. Wir fordern einen Prozess gegen die Kriegsverbrecher und ihre Komplizen ein.»

Dieser Appell wurde von dreissig jüdischen Menschen erstunterzeichnet, von Ärzt:innen, Lehrer:innen, Ökonom:innen, Gewerkschafter:innen, Kunstschaffenden u.a. aus Israel, Frankreich, Belgien, Spanien, den Niederlanden, Schweden, Deutschland, den USA und Kanada.

Die komplette Liste der Erstunterzeichner:innen kann auf <https://blogs.mediapart.fr/les-invites-de-mediapart/blog/220824/appele-juif-international-contre-le-genocide-gaza> eingesehen werden.

* B'Tselem ist eine israelisch-palästinensische Menschenrechtsorganisation. Ihr vor Kurzem erschienener Bericht mit dem Titel «Welcome to hell» (Willkommen in der Hölle) beschreibt das israelische Gefängnisystem als ein Netzwerk von Folterlagern.

FRAUEN GEGEN ATOMARE AUFRÜSTUNG

Mahnwache hinter Gittern

Elu Iskenius, ein Archipel-Leser in Deutschland, hat uns folgenden Text zukommen lassen, in welchem der Widerstand von zwei Frauen gegen die atomare Aufrüstung, insbesondere gegen den Atomwaffenstandort Büchel/Eifel beschrieben wird.

Liebe Redaktion von Archipel, Eure letzte Ausgabe war wundervoll. Die vielen positiven Beispiele basisdemokratischer, zivilgesellschaftlicher Aktivitäten, das macht Mut zum Weitermachen. Hier eine Ergänzung über zwei mutige Frauen, die zur Zeit in der Justizvollzugsanstalt JVA Rohrbach (bei Mainz) ihre «Mahnwache hinter Gittern» abhalten:

Susan Crane, 80 Jahre, ist Lehrerin, Mutter, Grossmutter, Kriegssteuerweigerin, gewaltfreie Antiatomwaffenaktivistin und aktive Gegnerin jeglichen Krieges. Sie ist US-Bürgerin aus Kalifornien und gehört der Catholic-Worker-Bewegung in den USA an. In den letzten 5 Jahren lebte sie in einem Haus für Obdachlose in Reedwood City. Wegen ihrer vielen antimilitaristischen Aktionen im Rahmen von Pflugscharaktionen verbrachte sie bisher 6 Jahre ihres Lebens im Gefängnis. Nun verbüsst sie ihre Ersatzfreiheitsstrafe von 229 Tagen wegen mehrmali-

gen Eindringens in den Atomwaffenstandort Büchel/Eifel. Dort lagern etwa 20 amerikanische Atombomben, jede ein Vielfaches an der destruktiven Energie einer Hiroshimabombe. Deutsche Soldaten üben dort ebenfalls den Atomwaffenkrieg, was völkerrechtswidrig ist und der Massenmord bedeutet. Zurzeit wird dieser Stützpunkt für mehr als 1,5 Milliarden Euro umgebaut, um die neuen Atomwaffen B-61-12 und die neuen Tarnkappenbomber F-35, die mindestens 10 Milliarden Euro kosten sollen, dort unterzubringen. Zusammen mit den neu aufzustellenden Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden bedeutet diese atomare Aufrüstung eine erhöhte Gefahr für einen Dritten Weltkrieg.

Bereits fünfmal drang Susan Crane in den Militärstützpunkt ein, um gegen dieses Unrecht zu protestieren. «Die vier Aktionen, an denen ich 2019 teilnahm und für die ich nun verurteilt werden soll, waren der Versuch, dem Unrecht Einhalt zu gebieten: Die

kriminelle Planung und Vorbereitung eines Atomwaffenangriffes auf dem Atomwaffenstützpunkt Büchel verstösst gegen das internationale humanitäre Gesetz, gegen internationale Verträge und verletzt die Hager Kriegskonvention, die Nürnberger Prinzipien und auch den Weiterverbreitungsvertrag (NPT) – obwohl die USA sowie Deutschland an ihn gebunden sind.» Ihren bis Dezember 2024 dauernden Aufenthalt im Gefängnis sieht sie als «Mahnwache hinter Gittern». Sie würde sich freuen, wenn ihre Dauermahnwache vor den Gittern auch sichtbar gemacht wird.

Susan van der Hijden

Die zweite mutige Frau, Susan van der Hijden, ist 55 Jahre alt und stammt aus den Niederlanden und schloss sich ebenfalls dort den «Catholic Workers» – einer christlichen pazifistischen Basisbewegung in Amsterdam – an. Schon 1998 und 2000 nahm sie an Pflugscharaktionen gegen die nukleare Aufrüstung in England teil. 2023 organisierte sie am Atomwaffenstützpunkt Völkkel in den Niederlanden zusammen mit anderen Aktivist:innen die «Rosa Schaufel-Aktion» zur Untergrabung der Umzäunung dieses Atomwaffenstützpunktes, um gegen die atomare Teilhabe der Niederlande zu protestieren. Sie nahm ebenfalls an den Büchler Aktionen des zivilen Ungehorsams 2018 und 2019 teil und wurde deshalb zu 115 Tagessätzen verurteilt. Statt zu bezahlen, bevorzugt sie, wie die andere Susan, die Mahnwache hinter Gittern. Vor Gericht verteidigte sie sich mit den Worten: «Ich habe kein grosses Vertrauen in die Gesetze, die statt uns Bürger und Menschen

WIDERSTAND GEGEN ATOMWAFFEN IN DEUTSCHLAND

nukleare Waffen schützen, die eine Gewalt gegen die Armen bedeuten. Zäune sind wichtiger als menschliches Leben.... Ich habe gesehen, wie in Kansas City, wo die Büchler Bomber hergestellt werden, durch Uranminen und Waffenfabriken Menschen ihr Leben durch Krebs und andere strahlenbedingten Krankheiten verloren haben. Das dort in Waffen investierte Geld ist der Raub an den Ärmern in unserer Gesellschaft. Es könnte für Gesundheit und Bildung ausgegeben werden. Ich tat, wofür ich von der Staatsanwaltschaft angeklagt worden bin, aber ich bin nicht schuldig. Ich bin stolz auf diese Tat. Ich wünschte mir, mehr tun zu können.»

Brief aus dem Gefängnis

(...) Wir sitzen in einer Gefängniszelle, 123 km vom Luftwaffenstützpunkt Büchel entfernt, wo ca. 20 US-Atombomben stationiert sind. Derzeit wird die Landebahn in Büchel umgebaut, um Platz für die neuen F-35-Kampfflugzeuge zu schaffen, welche die neuen B61-12-Atombomben tragen werden, die in den USA entwickelt und gebaut wurden. Die Planung, Vorbereitung, der Besitz, der Einsatz, die Drohung oder der Gebrauch dieser B61-Bomben ist illegal und kriminell. Die USA, Deutschland und die NATO wissen, dass jede Atombombe vom Typ B61 unnötiges Leid und viele Opfer unter Soldaten und Zivilisten verursachen und massenhaft Krebs, Keloide und Leukämie auslösen, bei Ungeborenen zu Missbildungen führen und die Nahrungsmittelversorgung vergiften würde.

«Wir haben kein Recht zu gehorchen», sagt Hannah Arendt. Obwohl unsere Aktionen sinnlos erscheinen mögen, verstehen wir, dass es unser Recht, unsere Pflicht und unsere Verantwortung ist, uns gegen die Planung und Vorbereitung des Einsatzes dieser Waffen zu stellen. Sie sind illegal gemäss dem Atomwaffensperrvertrag, den sowohl Deutschland als auch die USA unterzeichnet und ratifiziert haben, sowie gemäss der Haager Konvention, der Genfer Konvention und der Nürnberger Charta. (...) Wir wachen jeden Tag mit der festen Freude auf, unsere

Insgesamt wurden seit den frühen zweitausender Jahren über 100 Personen wegen ihrem zivilen Ungehorsam in Büchel verurteilt, 18 davon traten bewusst ihre Mahnwache hinter Gittern an als konsequenter Schritt in ihren Protesten gegen die uns alle bedrohende atomare Katastrophe. In diesem Jahr werden zwei weitere Aktivisten aus Büchel ihre Mahnwache hinter Gittern antreten: Der US-amerikanische Vietnamveteran Dennis

Duval aus Sachsen, dem sogar anschließend die Ausweisung aus Deutschland droht, und der Herforder Gerd Bünzly, der wegen seiner Büchelaktionen dann das vierte Mal ins Gefängnis geht.

Wer mehr Informationen zum gewaltfreien zivil-ungehorsamen Widerstand gegen Atomwaffen in Deutschland wissen möchte, kann sich gerne an Ernst-Ludwig Iskenius (iskenius@ippnw.de) wenden.

Susan und Susan: Im Einsatz für den Planeten mit einer bissigen Nachricht.



«Mahnwache hinter Gittern» fortzusetzen. Eine Freude, die durch das Wissen eingeschränkt wird, dass die anderen Frauen hier leiden, weil sie von ihrer Familie und ihren Kindern getrennt sind, ständige körperliche oder psychische Probleme haben oder weil sie den ganzen Tag in einer Zelle eingesperrt sind und nichts tun können. Wir können nur «Mahnwache hinter Gittern» halten, weil uns

Menschen so viel Unterstützung geben (...) Susan Crane und Susan van der Hijden, Justizvollzugsanstalt Rohrbach, Juni 2024

Der vollständige Brief sowie weitere Informationen sind zu finden auf der Website: <http://brot-und-rosen.de> sowie: www.noelhuis.nl/kernwapensweg.

Wer den Friedensaktivist:innen ins Gefängnis schreiben will, hier ihre Adresse, mittlerweile im «Offenen Vollzug» in Koblenz: Susan Crane, Susan van der Hijden JVA Koblenz Offener Vollzug Simmerner Str. 14.a 56075 Koblenz

BUCHTIPP - WIRTSCHAFTSWENDE

Begrenzung, Einschränkung oder gar Schrumpfung sind als Angstbegriffe verpönt. Doch genau diese werden in der Praxis Anwendung finden müssen, um die Ökosysteme nicht noch stärker zu schädigen. Ein anderes Wirtschaften ist dringend nötig, und es ist, wie der Transformationsforscher Hans Holzinger zeigt, auch möglich.

Der Wirtschafts- und Sozialgeograph macht uns in seinem neuen Buch mit Transformationsansätzen und neuen ökonomischen Konzepten vertraut. Er beschreibt die Nichtnachhaltigkeit unserer aktuellen Wirtschafts- und Lebensweise, skizziert aber insbesondere die vielen Neuansätze in den Bereichen Energie und Ernährung, Mobilität und Stadt, Finanzen und Steuern sowie Unternehmen und Soziales. Zudem beschreibt er unterschiedliche makroökonomische Konzepte von «Green Growth» über «Degrowth» bis hin

zu postkapitalistischen Entwürfen, die er in Bezug auf Plausibilität, Wünschbarkeit und Umsetzungschancen prüft. Die Stärke offener Gesellschaften sieht Holzinger im offenen Diskurs über plurale Zukunftsstrategien. Am Ende plädiert er für eine moderne Bedarfsökonomie, welche die Stärke freier Märkte nutzt, zugleich aber die Grundbedürfnisse unter Einhaltung der ökosystemischen Grenzen in den Mittelpunkt stellt.

Hans Holzinger ist Wirtschafts- und Sozialgeograph. Er war 30 Jahre lang als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Robert-Jung-Bibliothek für Zukunftsfragen in Salzburg tätig und arbeitet heute als freier Publizist und Speaker (www.hans-holzinger.org). Zu seinen Arbeitsschwerpunkten zählen Nachhaltigkeit, Zukunft der Arbeit und soziale Sicherung sowie Transformationsforschung.

«Wirtschaftswende – Transformationsansätze und neue ökonomische Konzepte im Vergleich», Softcover, 416 Seiten, erschienen im oekom verlag, München, 2024